Lebhafte Diskussion über Flüchtlingskrise

INTEGRATION Landtagsabgeordnete Serap Güler diskutierte im Trainingssaal des Judoclubs Yamanashi mit Bürgern

VON ROLAND SCHRIEFER

Die Landtagsabgeordnete Serap Güler (CDU) diskutierte über die Flüchtlingskrise und die innere Sicherheit. *Foto: Schriefer*

Porz. Zu einer Diskussion über die Flüchtlingskrise und die innere Sicherheit hat die CDU Ensen-Westhoven die Landtagsabgeordnete Serap Güler eingeladen. „Sie hat selber einen Migrationshintergrund und kann aus eigener Erfahrung erzählen, welche Schwierigkeiten es bei der Integration geben kann“, begründete Michael Evert, der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes, die Wahl. Etwa 60 Bürger waren der Einladung in den Trainingssaal des Judoclubs Yamanashi gefolgt.

Sicherheitsgefühl verschlechtert

Den Eindruck nach der Silvesternacht, dass die Bürger durch Flüchtlinge bedroht würden, schickte Christdemokratin Güler schnell ins Reich der Fantasie. Die Polizeistatistik sei eindeutig, sagte sie. „Die Zahl der von Asylbewerbern begangenen Straftaten ist nicht gestiegen ist.“ Sie hätten ja auch keine Angst vor eineinhalb Millionen Flüchtlingen, entgegnete ein Teilnehmer der an diesem Punkt lebhaften Diskussion. „Wir haben nur Angst vor 50 000 Straftätern.“ Güler gab zu, dass sich das Sicherheitsgefühl verschlechtert habe. Deshalb setze sie sich auch für mehr Polizeipräsenz ein, sagte sie. „Wir müssen aber nicht mehr Beamte einstellen, sondern die vorhandenen von den Schreibtischen holen und sie auf die Straße schicken“, forderte sie.

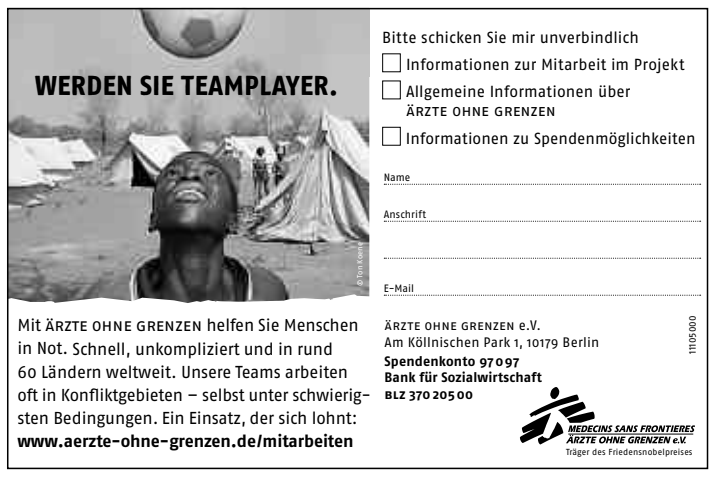
Auch die Justiz geriet bei der Diskussion ins Fadenkreuz der Kritik. In Köln ließen sich Straftaten leichter begehen als in anderen Großstädten, weil hier die Richter milder urteilten, wurde behauptet. „Köln hat sich nicht gerade durch eine besonders strenge Justiz hervorgetan“, gab Güler zu. Kritischen Bemerkungen, wie etwa, dass die Politik jahrelang die Sorgen und Ängste der Bürger ignoriert hätte, begegnete Güler diplomatischer. „Die Sorgen und Ängste müssen aber auch artikuliert werden“, sagte sie.

„Ich bekomme mehr zurück als ich gebe“, sagte ein Diskussionsteilnehmer, der sich als Betreuer von Flüchtlingen zu erkennen gab. Flüchtlinge sollten einfach nur so behandelt werden, wie man selber behandelt werden möchte, sagte er. Dass Amnesty International Deutschland wegen seines strengen Asylrechtes gerügt hat, war für Güler nicht nachzuvollziehen. „Wir haben doch eine Einzelfallprüfung. Wer nachweisen kann, dass er in seiner Heimat verfolgt wird, muss nicht zurück.“

Auf die Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen angesprochen, gab Güler zu, dass sie den Königsteiner Schlüssel, der nach den Kriterien Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl festlegt, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss, nicht unbedingt gerecht findet. „Nach Köln kommen ja auch viele Menschen, die illegal eingereist sind, die werden vom Königssteiner Schlüssel gar nicht erfasst.“ Das könne aber nur von allen Bundesländern gemeinsam geändert werden.

Politik-Versagen befürchtet

Ohne die vielen Bürger, die ehrenamtlich helfen würden, könne das Flüchtlingsproblem nicht gelöst werden, sagte Guido Motter, Mitarbeiter des Historischen Archivs. Er habe Angst, dass die Politik versagt, nicht genügend für die Integration der Flüchtlinge unternimmt und auch nicht genügend Flüchtlingsunterkünfte bereitstellt. „Wenn die Belegung der Turnhallen durch Flüchtlinge noch länger andauert, geht auch die Willkommenskultur kaputt“, sagte er.

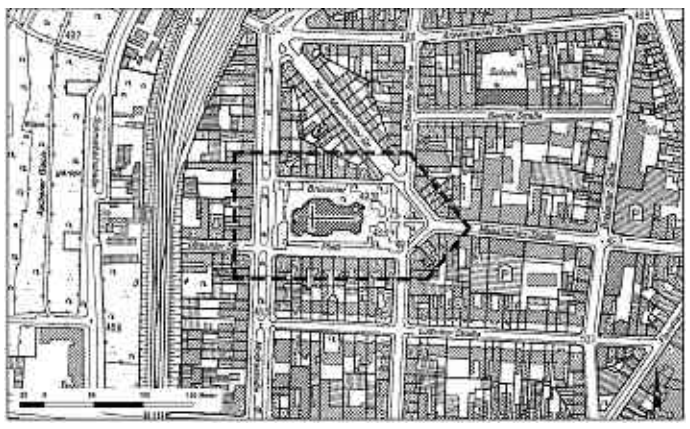


Bekanntmachungen

Die Oberbürgermeisterin — Stadt Köln

Durchführung einer öffentlichen Ideenwerkstatt

Brüsseler Platz – in Köln-Neustadt/Nord



Durchführung einer öffentlichen Ideenwerkstatt
Arbeitstitel: Brüsseler Platz in Köln-Neustadt/Nord

Der Brüsseler Platz markiert einen zentralen öffentlichen Stadtraum inmitten des Belgischen Viertels. In den vergangenen Jahren haben hohe Besucherzahlen, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden, Konflikte mit Anwohnern hervorgerufen. Diese beklagten sich in der Vergangenheit über teils massive Ruhestörungen und diverse Ordnungswidrigkeiten.

Um zwischen den Interessen von Anwohnern und Besuchern des Brüsseler Platzes, zugleich auch denen lokaler Initiativen, Gastronomen und Gewerbetreibenden zu vermitteln, wurde im Jahr 2009 ein Moderationsverfahren initiiert, dessen Ziel es war, ordnungspolitische Handlungsansätze zur Reduzierung der Konfliktlage zu erarbeiten. Die bisherigen Bemühungen mündeten schließlich 2013 in der Verabschiedung des Handlungskonzeptes „Modus Vivendi“. Darin werden Verhaltensweisen und Zuständigkeiten benannt, die auf ein konfliktfreies Miteinander abzielen.

Basierend auf ersten positiven Entwicklungen wird im Frühjahr 2016 eine öffentliche Ideenwerkstatt mit zwei Veranstaltungen durchgeführt, zu der neben Vertreterinnen und Vertretern lokaler Initiativen und Akteure auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen sind. Ziel der ersten Veranstaltung ist es, im gemeinsamen Dialog Vorschläge für eine Umstrukturierung und bauliche Umgestaltung des Brüsseler Platzes zu erarbeiten, die zu einer weiteren Reduzierung der konfliktreichen Gemengelage beitragen.

Das Verfahren beginnt mit der Veranstaltung **„Ideenwerkstatt Brüsseler Platz“ am Freitag, den 11. März 2016, von 16.00 bis 20.30 Uhr in der Aula des Königin-Luise-Gymnasiums, Eingang Albertusstraße 19a, 50667 Köln.**

Die Ergebnisse der Veranstaltung werden in Form von Gestaltungsplänen aufbereitet und an einem zweiten öffentlichen Termin präsentiert und zur Diskussion gestellt. Ort und Zeit stehen noch nicht fest und werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Telefonische Auskünfte können zu den regulären Bürozeiten im Stadtplanungsamt unter der Rufnummer 0221/221-30136, Herr Höller, eingeholt werden.

Aktuelle Informationen finden Sie im Internet unter www.stadt-koeln.de/artikel/63766/index.html.

Es lädt ein: Beigeordneter Franz-Josef Höing

Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr

MEDIA VERMARKTUNG Rheinland
Täglich gut informiert!